

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: C. M. Schäffer, Düsseldorf,
Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Nieu,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Wie wird's mit der Beschäftigung in der Textilindustrie?

Die letzten, auf Grund der Kriegswirtschaft zurückgehaltenen Auslandsrohstoffe sind zur Ausschüttung gelangt. Sie werden in absehbarer Zeit aufgearbeitet sein. Die geringen vorrätigen Mengen ermöglichen es nur einem Bruchteil der Textilarbeiter, in der Textilindustrie Beschäftigung zu finden. Unsere im Inland selbst erzeugten Rohstoffe stellen nur ein Minimum der benötigten Menge dar.

So betrachtet, sieht sich die Lage gewiß nicht rosig an. Trost und alledem glauben wir, daß es verfehlt wäre, allzu schwarz in bezug auf die zukünftige Beschäftigung unserer Industrie in die Zukunft zu sehen. Ist doch manches, sowohl während des Krieges, wie auch nachher, nicht so schlimm gekommen, als wie die Schwarzseher es voraussetzten. Wohl niemand hätte geglaubt, daß die deutsche Textilindustrie, bei mehr als vierjähriger Absperrung von der Rohstoffzufuhr, sich noch in der Weise aufrecht erhalten würde, als wie es tatsächlich geschehen ist.

Uns fehlen jetzt die Rohstoffe; weniger die fertigen Waren, die das Ausland uns jetzt eifertig zur Verfügung stellt. Haben wir die Rohstoffe, dann schaffen wir die Waren selbst und es finden Hunderttausende von Textilarbeitern und Arbeiterinnen nach und nach wieder Beschäftigung. Im besetzten Gebiet ist die Beschäftigung, zum Teil deshalb, weil es gelungen ist, ausländische Garne herein zu bekommen, etwas besser. Doch ist dort auch die Baumwollindustrie nicht so vorherrschend, wie im unbesetzten Gebiet. Und ganz besonders fehlt es uns an Baumwolle.

Werden wir vom Ausland Rohstoffe bekommen?

Wir glauben, das bejahen zu können. Die ausländischen Interessenten möchten schon an uns verkaufen, wenn sie die Gewähr haben, daß sie „ihr Geld“ bekommen. Zum letzteren ist Kredit notwendig und im übrigen gilt es, die zerrissenen Fäden wieder anzuknoten und die regste Initiative zu entfalten. Die Dinge liegen nun aber einmal so, daß dieses durch die Tätigkeit der einzelnen Unternehmer, wegen ihrer langjährigen Beziehungen und besseren Geschäftskundigkeit eher zu erreichen ist, wie durch die schwerfällige Majchmerie des Staates. Wie wir hören, hat letzterer sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen und ist gewillt, sich in möglichst weitgehendem Maße der Initiative der einzelnen Unternehmer zu bedienen. Im Interesse der Wiederaufrichtung der Textilindustrie dürfte dieser Standpunkt der richtige sein. Allerdings dürfen die ganzen einzuleitenden und bereits eingeleiteten Maßnahmen nicht der behördlichen Kontrolle und Ueberwachungs — auch bei der Verteilung der Rohstoffe — entzogen sein. Das Gesamtinteresse muß gewahrt bleiben.

Den Auslandsmarkt für den Absatz fertiger Waren haben wir zwar zum größten Teil verloren, dagegen ist aber unser Inlandsmarkt fast ganz entblößt und sehr aufnahmefähig. Wenn wir, was wir Grund haben anzunehmen, in einiger Zeit wieder mehr Rohstoffe hereinbekommen, wird auch die bessere Beschäftigung wieder einsetzen. Stille Spezialindustrien, die früher ihren Absatz fast nur im Auslande hatten, werden zunächst am allerstärksten zu kämpfen haben.

Aber die Konkurrenz der ausländischen Ware, die auf den deutschen Markt geworfen wird!

Wird unsere Ware mit der ausländischen konkurrieren können?

Die Frage ist schwerwiegend für uns und nicht leicht zu beantworten. Einer zu starken Ueberflutung mit Auslandsware muß mit allen möglichen Mitteln entgegen gearbeitet werden. Die Auslandsware ist im Preis billiger, als wie wir unsere eigene Ware anbieten können. Das trifft im allgemeinen, besonders aber für die Baumwollindustrie zu. In Industriellenkreisen verlangt man deshalb danach, daß die Bestimmung, wonach nur auf einem Stuhl gearbeitet werden darf, und wodurch die Ware in der Herstellung sehr verteuert wird, zur Aufhebung gelangt. Auf Anfrage ist einigen Fabrikanten von behördlicher Stelle bereits mitgeteilt worden, daß Rohstoffe, welche vom Auslande eingeführt werden, auf mehreren Stühlen verarbeitet werden dürften. Damit läßt man also die Beschränkung der Produktion auf einen Stuhl fallen. Wir möchten hierzu bemerken, daß die Beseitigung der vorgeschriebenen „Einschularbeit“ nur

Hand in Hand gehen darf mit einer besseren und aus reichenderen Beschäftigung in der Textilindustrie und nicht derselben voraussetzen darf. Diesen Vorbehalt müssen wir machen. An uns für sich kann uns Textilarbeiter gewiß nicht daran liegen, einen künstlichen Zustand dauernd aufrecht zu erhalten und dann zuzusehen, wie das Ausland, wesentlich gestützt auf diesen Zustand, uns mit erheblich billigeren Waren überrennt. Das laufende Publikum nimmt dann das billigere Produkt und wir haben den Schaden in der Beschäftigung. Ganz abschließen können wir eben nicht; dafür sind wir zu sehr abhängig und auch aufeinander angewiesen. Führen wir also — immer mit dem gemachten Vorbehalt — die Einschularbeit ab und verbilligen dadurch den Preis unserer Ware, so tun wir das aus Gründen der Selbsterhaltung — im eigenen Interesse.

Auf Kosten des Lohnes der Textilarbeiter darf die Warenpreisverbilligung nicht herbeigeführt werden. Dagegen haben wir uns mit Entschiedenheit zu wehren. So wie so ist das Lohnvermögen der Textilarbeiter durchweg gering und können die zur Verteilung kommenden Lebensmittel vielfach nicht einmal davon bestritten werden. Willte man da einsehen, so würde das nicht nur ernstlichen Widerstand, sondern auch eine Lähmung der Arbeitslust, die dringend der Besehung bedarf, zur Folge haben.

Auch braucht die im Werden begriffene „Demokratisierung der Fabrik“ kein Grund zu sein, um den Fortschritt und die Produktion zu hemmen. Für die Sozialisierung im radikalsten Sinne ist die Textilindustrie nicht reif. Aber eine Umstellung der Produktion mehr auf das Gesamtinteresse wird und muß auch durch bestimmte Maßnahmen für die Textilindustrie erfolgen müssen. Für hohe Privatgewinne ist bei der gesamten Last, die wir tragen, und dem berechtigten Drang nach ausgleichender Gerechtigkeit kein Raum mehr. Jeder muß seine höchste Pflicht darin setzen, auch bei geringerem Nutzen, der Gesamtheit sein Bestes an Können und Wagenutz zur Verfügung zu stellen. Auch die Betriebsräte werden bei vernünftiger Funktion und dementsprechender gesetzlicher Zwecksetzung kein produktionshemmendes Element sein; im Gegenteil: das Gefühl, daß die Arbeiter nicht mehr als Objekt der Produktion, sondern als Produktionsgehilfen neben dem Arbeitgeber steht, wird alle Kräfte beleben und einander dienend anspannen. Die neuen Dinge müssen sich erst einleben und gebrauchen etwas Zeit dazu.

Auf einen Umstand, der vielleicht für die Beschäftigung in der Textilindustrie, besonders im kommenden Winter, von erheblicher Bedeutung sein wird, wollen wir hier noch hinweisen. Offizielle Nachrichten in der Tagespresse haben bereits darauf vorbereitet, daß im kommenden Winter ein

größerer Kohlenmangel

einsetzen wird. Während des Krieges und auch im verfloßenen Winter haben wir in unserer Industrie, bei schlechter Beschäftigung an sich, den Kohlenmangel stark zu fühlen bekommen. Die Textilindustrie wurde von allen Industrien mit an letzter Stelle beliefert. Läßt sich eine allgemeine Kohlenknappheit im kommenden Winter nicht vermeiden, dann müssen wir wenigstens erwarten, daß die Textilindustrie, welche eine große Bedeutung für Deutschlands Volkswirtschaft hat, nicht an letzter Stelle gesetzt und im Verhältnis zu anderen Industrien sehr schlecht beliefert wird.

Bei einem Ausblick auf die Zukunft der Beschäftigung in unserer Textilindustrie kann man einer optimistischeren Auffassung zwar manche Vorbehalte gegenüberstellen, jedoch wollen wir uns zu einer froheren Hoffnung und dem Glauben an einen allmählichen Wiederaufschwung bekennen. Der Pessimismus hemmt und lähmt die Tatkraft. Im großen und ganzen ist die Textilindustrie von erheblichen Erschütterungen, Generalstreiks usw. verschont geblieben; trotzdem die Textilarbeiter nicht an letzter Stelle Grund zu erheblichen Klagen hatten. Darum sollten auch manche Industriekreise den lähmenden Pessimismus abjücken. Auch das eine sei gesagt: Was manchen Pessimisten schon als viel zu weitgehend an errungenen Freiheiten erscheint, wird in der Folgewirkung ein Gesundungsprozeß mit günstiger Zukunftsentwicklung sein. Und dann: Die Bewegung gegen die Auswüchse des kapitalistischen Systems bleibt nicht auf Deutschland beschränkt; ist es schon nicht mehr. Auch das sind Ausblicke, die geeignet erscheinen, an einen Aufstieg, wenn auch beschwerlichen, zu glauben.

Womit die Fabrikanten bei der Standortwahl der Textilindustrie oder der Auswahl von Fabrikgrundstücken rechnen.

(Schluß.)

Wichtig ist vor allen Dingen die Möglichkeit der günstigen

Erzeugung von Betriebskraft.

Auch in Fabriken der Textilindustrie bedeutet diese eine große Ausgabe, die wohl instande ist, die Kosten der fertigen Ware, und damit die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens im günstigen oder ungünstigen Sinne zu beeinflussen. Besonders gilt dies auch von Färbereien und Appreturanstalten, deren großer Bedarf an Dampf die Frage der Kohlenbeschaffung zu einer solchen von größter Wichtigkeit macht. Wasserkraft ist ziemlich selten, aber vorteilhaft, wo sie erhältlich ist. Jedenfalls muß man sich über die Leistungsfähigkeit derselben in jedem Falle genau informieren, und, da Flüsse und Bäche im Laufe des Jahres im Wasserstande ungemein schwanken, so kann man einen mehr oder weniger genauen Anhalt zur Bestimmung der Wasserkraft nur durch häufig wiederholte Ermittlungen erhalten. Eine solche kann am besten auf folgende Art vorgenommen werden: Man bedient sich eines mit Eisen beschwerten Holzschwimmers und stellt mittels einer Sekundenuhr fest, in wieviel Zeit der Schwimmer eine bestimmte Strecke zurücklegt.

Diese Ermittlungen müssen jedoch zu verschiedenen Jahreszeiten vorgenommen werden, um ein genaues Bild zu erhalten.

Was die elektrische Kraftübertragung in der Textilindustrie anbelangt, so wird man derselben manche Vorteile zugestehen müssen, auch wenn man nicht auf dem Standpunkte steht, die Anwendung von Transmissionen sei ein überwundener Standpunkt. Auch in Großbetrieben hat der elektrische Einzelantrieb schon bedeutende Fortschritte gemacht, und manche Werke sehen sogar davon ab, die elektrische Energie selbst zu erzeugen, sondern beziehen dieselbe von einem Elektrizitätswerke. Wo dies bei Neuerrichtung einer Fabrik beabsichtigt ist, hat man sich vor allen Dingen zu vergegenwärtigen, ob ein leistungs fähiges kommunales Elektrizitätswerk oder eine Ueberlandzentrale in der Nähe vorhanden ist, mit der man einen langfristigen Kontrakt zu günstigen Bedingungen abschließen kann. Nicht selten kommt es vor, daß man auf diese Art den Strom billiger erhält, als wenn man ihn selbst erzeugt. Besonders gilt dies dann, wenn der Betrieb nicht groß genug ist, um eine eigene Kraftstation voll auszunutzen oder bei Errichtung der Fabrikation in gemieteten Räumlichkeiten.

Immerhin verwenden aber die meisten Textilwerke Dampfkraft, und da ist es denn besonders wichtig, daß der Kohlenbezug so billig wie möglich gestaltet wird. Bei diesem spielen die Frachtkosten eine große Rolle, und am billigsten wird diejenige Fabrik ihre Kohle beziehen können, die, nicht zu weit entfernt von einem unserer Kohlenreviere gelegen und mit eigenem Geleiseanschluß versehen, die Kohlen bis auf den Fabrikhof geliefert bekommt. Eigener Eisenbahnanschluß wird jedoch erst bei größeren Unternehmen wirtschaftlich.

Wenn man die Frage der Entfernung der Fabrik von den Absatzgebieten und der Hilfsindustrie ins Auge faßt, so sind besonders

die Transportkosten

für Waren zu berücksichtigen. Bei feinspinnigen Waren fallen diese weniger als bei groben Gespinnsten und Geweben ins Gewicht, besonders da erstere meistens einen viel höheren spezifischen Wert als letztere haben. Zu weite Entfernung vom Hauptabsatzgebiete ist deswegen ungünstig, weil sie die persönliche Führungnahme mit der Kundenschaft erschwert und verteuert. Letztere ist besonders für solche Fabriken notwendig, die viel in Rowentils (Modedartikel) arbeiten. Diese müssen so eng in Verbindung mit dem Hauptabsatzmarkt sein, daß sie den schnell sich ändernden Anforderungen des Handels sofort folgen können. Man wird auch oft finden, daß Spinnereien einen großen Teil ihrer Produktion im eigenen Bezirk abliefern, daß Färbereien ihr größtes Geschäft am eigenen Orte und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft machen. Für haupt sächlich Export treibende und leichte Stapelartikel fabri zierende Fabriken, fällt diese Rücksichtnahme auf die Lage zum Absatzgebiet mehr oder weniger fort, für sie ist günstige Lage zu den Absatzgebieten der Hilfsindustrie wichtiger, damit sie besonders bei der Berechtigung der fertigen Ware, soweit diese nicht im eigenen Betrieb vor genommen wird, sowie beim Bezug der Garne usw. Zeit und Kosten sparen.

Die Höhe der Gemeindesteuern sollte man auch nicht unberücksichtigt lassen, da hohe Steuern den Betrieb in

undwärtiger Weise belasten. In dieser Hinsicht bestehen ganz unglaubliche Unterschiede, und es lohnt sich, die Sache genau zu prüfen, bevor man sich auf eine bestimmte Verlichtung festlegt. Ein Fabrikant wird gewöhnlich wünschen, so wenig Kapital wie nur irgendmöglich in der verhältnismäßig unproduktiven Anlageform von Grundstücken zu investieren. Billigkeit ist also ein Hauptanforderung für Fabrikgrundstücke. Unter Berücksichtigung dieses Punktes erweist es sich manchmal als vorteilhaft, Fabriken in kleine Gemeinden zu legen, die, um Industrie und damit Arbeitsgelegenheit für die Einwohner zu erhalten, oft die Fabrikgrundstücke kostenlos oder zu sehr geringen Preisen hergeben, manchmal auch Steuerbegünstigungen für eine Reihe von Jahren gewähren. Wenn Land billig zu haben ist, sollte man sich beim Kauf nicht auf das für die Fabrik zunächst unbedingt erforderliche Maß beschränken, sondern im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung eine größere Fläche erwerben, da dies später oft gar nicht oder nur unter größeren Geldopfern möglich ist.

Gute Zufahrtswege sind eine Notwendigkeit, besonders wo viel Fuhrwerkstransporte erforderlich sind. Wenn die Fabrik bedeutende Mengen Abwässer produziert, so ist besonders die örtliche Behandlung der Abwässerfrage beachtenswert.

Bei Färbereien ist die Lage direkt an größerem Wasser günstig, sofern dasselbe für die Färberei geeignet ist, was durch sorgfältige Wasseranalysen festzustellen ist, auch hat man sich zu vergewissern, ob keine Oberlieger das Wasser durch schädliche Abwässer für Färbereizwecke unbrauchbar machen.

Die Baukosten werden ebenfalls durch die Wahl des Ortes beeinflusst. In kleineren Orten wird man meist billiger bauen als in großen Städten. Wo Land billig ist, kann man einseitige Scheubauten anwenden, während man bei hohen Bodenpreisen oft gezwungen ist, mehrstöckige Gebäude aufzuführen.

Für die Speisung der Kessel ist von den Gemeinden geliefertes Wasser meist zu teuer, es empfiehlt sich daher, wenn die Fabrik nicht am Wasser liegt, eigene Brunnen zu bohren; dies ist besonders auch bei Färbereien wegen des großen Wasserverbrauchs derselben notwendig. Gute örtliche Verhältnisse sind in sofern von Wichtigkeit, als sie die Höhe der Feuerversicherungsprämien in günstiger Weise zu beeinflussen pflegen.

Allgemeine Rundschau.

Drei Wege zum Ziel.

Der Zeitschrift „Der Gemeindearbeiter“ entnehmen wir folgendes:

Das wirtschaftliche Streben der breiten Arbeitermassen hat ihre Aussicht auf Erfolg durch die Zusammenfassung der gleichstrebenden Kräfte, durch die Organisation. Die Organisation benützt den Hebel der Selbsthilfe, sie schafft die Unterlage für die gegenseitige Solidarität, sie sammelt Kräfte und wird so zur Macht, die den berechtigten Bestrebungen zum Durchbruch verhelfen kann. Zusammenfassung und Organisation ist zum Lebenswort des wirtschaftlichen Lebens und Strebens geworden. Die Wege zum Ziel sind jedoch vielgestaltig. Es war und ist nicht möglich, alles wirtschaftliche Streben in die Schablone einer Organisation zusammenzupressen. Für den aufwärtsstrebenden Arbeiter gibt es in der Hauptsache drei Wege für seinen wirtschaftlichen Aufstieg und seine wirtschaftliche Sicherung.

1. Die Gewerkschaftsbewegung. Sie dient dem Arbeiter als berufliche Organisation zur Vertretung seiner Interessen beim Abschluss des Arbeitsvertrages. Die berufliche Interessensvertretung sorgt für ein möglichst hohes Einkommen und für sonstige erträgliche Wirtschaftsverhältnisse. Durch die Gewerkschaftsbewegung gewinnt die Arbeiterkraft auch den nötigen Einfluss auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ihre unabdingbare Notwendigkeit ist heute jedem denkenden Arbeiter geläufig.

2. Das Genossenschaftswesen. Die Aufgabe der Genossenschaften, für ein auskömmliches Einkommen zu sorgen, findet eine notwendige Ergänzung in der genossenschaftlichen Betätigung, die die Kaufkraft des Arbeitelohnes erhöht oder erhalten muß. Was nützt dem Arbeiter hohe Löhne, wenn durch Teuerung und Wucher jede Erhöhung aufgezehrt oder noch überboten wird. Daher brauchen wir die Genossenschaften, Konsumvereine, Wohnungsgenossenschaften usw., die uns die Möglichkeit bieten, unter Ausschaltung des kapitalistischen Gewinns die Bedarfsartikel zu verbilligen und so den Reallohn zu steigern.

3. Die Volksversicherung. Ein dritter Weg wirtschaftlicher Betätigung ist die Volksversicherung. Sie bietet uns die Möglichkeit, etwaige Erparnisse sicher und rentabel anzulegen und für besondere Notfälle eine materielle Sicherung zu schaffen. Als wirklich gemeinsame Einrichtung dieser Art mit den denkbar größten Sicherheiten kann unsere Deutsche Volksversicherung A.-G. Berlin, mit gutem Gewissen empfohlen werden. Ein Vorzug der Deutschen Volksversicherung A.-G. liegt in ihrer Gemeinnützigkeit, die das kapitalistische Gewinnprinzip ausschaltet und alle Lebensrisiken wieder im Interesse der Versicherten nutzbar macht.

Diese drei Wege führen sicher zum Ziel. Nicht nur allein die breiten Arbeitermassen, sondern alle Bevölkerungsklassen müssen diese Wege gehen, zielbewußt gradeaus.

Erziehung der Arbeiter im Herbst.

Im Wirtschaftsausschuß machte der Ernährungsausschuß kürzlich Bemerkungen, die für die Ernährung und Preisbildung von besonderem Interesse sind. So kündigte er für den Herbst eine Erhöhung der Protration an, die sich dadurch ermöglichen lassen wird, daß argen-

tinisches Getreide in erheblicher Menge eingeführt werden wird. Außerdem soll eine Herabsetzung der Ausmahlung erfolgen, und zwar auf 80 Prozent beim Weizen und auf 82 Prozent beim Roggen, wodurch eine Verbesserung des Mehls herbeigeführt wird. Es wurde dann ein Vorschlag der Regierung angenommen, daß die Erhöhung der Höchstpreise für Getreide (!) um ein Drittel gedeckt werden soll aus dem Fonds zur Heranschaffung von Lebensmitteln. Die Neuregelung gilt zunächst bis zum 1. Oktober. Dann wird eine neue Festsetzung der Preise erfolgen. Man rechnet damit, daß bis dahin 500 000 Tonnen Getreide hereingekommen sind, was einen Reichszuschuß von 50 Millionen erfordert. Schließlich hat die Reichsregierung noch zugefügt, daß von der Gerste im Zukunft der Erzeuger 40 Prozent, mindestens aber 20 Prozent, zur freien Verfügung behalten soll.

Wie wird es mit der Kohlenversorgung im kommenden Winter?

Anscheinend werden wir im kommenden Winter wieder mit einer großen Kohlenknappheit zu kämpfen haben. Die Tagespresse berichtet nämlich folgendes:

„Dem Reichswirtschaftsministerium hat mit Vertretern der Reichs- und Landesbehörden eine Besprechung über die Kohlenlage stattgefunden, in der von berufener Seite ein Bild der augenblicklichen Verhältnisse und der für den Winter zu erwartenden Versorgung gegeben wurde. Danach ist die Lage äußerst ernst. Die Eisenbahnen und die Gaswerke haben bisher in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahr keinerlei Bestände für den Winter an sammeln können, und auch für den Hausbrand ist die Heranschaffung von Wintervorräten bisher nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Rückganges der Förderung und der Streiks in den Kohlenrevieren und im Bergbauwesen werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schärfe auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Wünsche auf eine heftigste erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß bekanntlich der Friedensvertrag die Sicherung riesiger Kohlenmengen an die Entente vorficht.“

Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandlieferung als im Vorjahr, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke und Elektrizitätswerke, Verringerung der Zufuhren an die Industrie in einem Maße, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Erzeugung selbst wichtiger Substanzen unvermeidlich erscheinen läßt.

Es ist dringend nötig, daß auch die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage sich klar wird.

Wir meinen, daß es nicht nur dringend notwendig ist, daß die Öffentlichkeit sich über den Ernst der Lage klar wird, sondern daß es vor allen Dingen darauf ankommt, praktische Maßnahmen zu ergreifen, um der drohenden Kohlennot nach Möglichkeit zu begegnen.

Tief gesunken.

Die „Rheinische Volksstimme“, ein Organ, welches recht radikal für die Interessen der rheinischen Bauern eintreten will, hat, der „Westf. Arb.-Ztg.“ zufolge, in Nr. 141 folgende Ausführungen gebracht:

„Die Antwort des Verbandes ist nicht so schlimm, wie die Weimarer Kartellgesellschaft behauptet. Wichtig ist, daß die Wiedergutmachung der Schäden durch deutsche Arbeit und Intelligenz erfolgen kann, worüber man in Weimar natürlich empört ist.“

Von Bedeutung für das Rheinland ist, daß der Hohe Ausschuss des Verbandes, der im Rheinland eingesetzt wird, auf dem Bewahrungsweg in die deutsche Gesetzgebung eingreifen kann, ein wahrer Segen, ebenso wie daß er die deutschen Steuerlasten prüfen darf.

Alles in allem kann man sagen, daß, wenn die Bedingungen des Friedens vernünftig gehandhabt werden, für Europa eine Zeit von nie dagewesenem Reichtum eintreten wird, auch für Deutschland und nicht zum wenigsten für das Rheinland, wenn der Verband will, daß gearbeitet wird, während Berlin streiken will.“

Die „Rb. Z.“ findet also unsere tiefe nationale Erniedrigung noch als einen befriedigenden Zustand. Jeder, der noch etwas Gefühl für Würde und nationales Empfinden hat, empfindet das aufs schmerzlichste, was die „Rhein. Volksstimme“ in hohen Tönen preist. Dieser kann man kaum sinken. Mit Recht meint die „Westf. Arb.-Ztg.“, daß der Name des Verfassers des Artikels, d. h. Redakteurs Hauptmann, sowie dieses und ähnliches Geschreibsel, welches er täglich in der „Rhein. Volksstimme“ verzapft, weit bekannt werden mußte.

Zu sehr das Materielle und zu wenig den Geist und die Erziehung

In den Vordergrund gedrängt zu haben, das ist eine besondere Erscheinung der letzten Jahrzehnte, die nicht wenig zum moralischen Zusammenbruch unseres Volkes beigetragen hat. Daß auch hier die Sozialdemokratie einen großen Teil Schuld trägt, betonte kürzlich der sozialdemokratische Kultusminister Preussens, Herr Hainisch, der im „Vorwärts“ u. a. folgendes schrieb:

„haben nicht auch wir Sozialdemokraten in den letzten Jahrzehnten dies Materielle allzu ausschließlich gezeu? haben wir nicht auch den Sozialismus allzu sehr aufgefaßt als eine Frage einerseits nur der ökonomischen Entwicklung und andererseits nur der politischen Machtgewinnung? Gewiß ist es dies beides im höchsten Maße aber er ist zugleich auch mehr als das. Er ist auch, und nicht zum wenigsten, eine Frage der Erziehung. — Und doch: war nicht auch unsere ganze Bildungsarbeit irgendwie zu sehr materialisiert und entgeistlicht worden? — Und was soll zu sehr eingestellt auf die Aneignung einer Fülle von Begriffen, Ziffern und totem Wissensmaterial? Das Eigentliche, der Geist selbst, kam dabei vielfach arg zu kurz. Wir gaben zuviel Stoffliches und legten zu wenig Gewicht auf die Erziehung. Auf die Erziehung zur sittlichen, ihrer Pflichten und ihrer Verantwortung bewußten Persönlichkeit. Die vergaßen nur

zu oft, es den Massen in Hirn und Herz zu hämmern, daß der Sozialismus nicht eine Sache der größeren Rechte, sondern mindestens ebenso sehr auch eine Sache der gesteigerten Pflichten sei. Das alles sind Sünden der Vergangenheit, die sich jetzt bitter rächen.“

Um dieser „Sünden“ willen, deren Hainisch heute die sozialdemokratische Bewegung anklagt, mußte die christliche Arbeiterschaft ihre eigenen Wege gehen. Statt aber unsern ehrlichen Willen anzuerkennen, hat man uns früher vielfach bekämpft. Heute haben wir die Genugtuung, daß Sozialdemokraten — wenn auch wider Willen — bekräftigen, daß unser Weg der richtige ist. In Hainisch seinen Worten liegt diese Bestätigung ebenfalls klar ausgedrückt.

Grundrente und Staatsordnung.

Unter diesem Stichwort berichtet Danasches „Bodenreform“, Heft 12 vom 20. Juni 1919 folgendes:

„In welchem Maße die Grundrente abhängt von der gesamten Staatsordnung, zeigt heute in schreienden Farben das Schicksal von Nordschleswig. Weil es zu Dänemark kommt, hofft man, es entgehe den deutschen Staatschulden und etwaigen kommunistischen Experimenten. Der Erfolg ist eine geradezu fieberhafte Erhöhung der Grundrente. Der „Kommunale Rundschau“ (Nr. 21) wird aus Apenrade geschrieben:

„Berliner, Hamburger und sonstige Kriegsgewinnler aus dem ganzen Reiche laufen sich jetzt hiet den Rang ab, um Häuser und Grundstücke anzukaufen (Mai 1919). Ein Hausbesitzer, dessen Haus einen realen Friedenswert von 15 000 M. hatte, verkaufte dies für 80 000 M. Ein kleiner Landbesitz, der in Friedenszeiten 30 000 M. wert war, sollte für 95 000 M. verkauft werden. Der Kauf kam aber nicht zustande, weil inzwischen ein neuer Käufer aufgetreten war, der den Preis für 125 000 M. erwarb. Einem Hausbesitzer wurden im März 18 000 M. für sein Haus geboten. Er ging nicht darauf ein und verkaufte sein Haus für 41 000 M. Ein Gutbesitzer hatte einen Hof mit einem realen Friedenswert von etwa 120 000 M. Er verkaufte ihn für 230 000 M. Der neue Käufer aber trat ihn einige Tage darauf an einen Kriegsgewinnler aus Südbreitsland für 300 000 M. ab. Vor einigen Jahren kaufte sich ein Beamter ein Haus mit Garten für 22 000 M. und verkaufte es jetzt für 120 000 M.“

Sollte sich in Dänemark eine Art „Schutzverband für Grundbesitz“ gründen, so würde er wohl in diesen angenehmen Zeitgenossen seine verständnisvollsten Anhänger finden!“

Ausschließung der Deutschen von der Antwerpener Getreidebörse.

Der Antwerpener „Matin“ vom 2. Juni 1919 hat unter der Spitzmarke „Exclusion“ eine Mitteilung veröffentlicht, wonach der Vorstand der Antwerpener Getreidebörse den Beschluß gefaßt hat, Staatsangehörige der Zentralmächte von der Zulassung zur Getreidebörse auszuschließen.

Der Vorstand der Mannheimer Produktenbörse hält einen derartigen Beschluß nicht nur für bedauerlich, sondern auch für bodenlos kurzfristig und bemerkt dazu: Gerade von dem internationalsten aller Handelszweige, vom Getreidehandel, dürfte man erwartet haben, daß er sich von nationalistischem Chauvinismus am schnellsten freimachen werde. Ganz besonders hätte Antwerpen keinen Grund gehabt, einen so törichten Beschluß zu fassen; denn jeder, der die Verhältnisse im Getreidehandel kennt, weiß, daß Antwerpen durch Deutschland groß geworden ist. Ohne das deutsche Hinterland ist der Antwerpener Handel zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Dieser Umstand ist dem Antwerpener Börsevorstand ebenso gut bekannt wie uns. Es dürfte ihm aber auch nicht unbekannt sein, daß das benachbarte holländische Rotterdam Antwerpens schärfster Rivale ist. Rotterdam liegt als Endpunkt der Rheinschiffahrt günstiger als Antwerpen. Ohne Zweifel wird der Zeitpunkt wieder eintreten, an welchem die Antwerpener Börse infolge Konkurrenz des tatkräftigen Rotterdam Handels und der Rotterdamer Hafenverwaltung um die Gunst des deutschen Getreidehandels bitten wird. Auf den Ausschluß der Deutschen von der Antwerpener Getreidebörse gibt es daher nur eine Antwort: Boykott der Antwerpener Getreidehändler und des Antwerpener Schiedsgerichts.

Aus unserer Industrie.

Der Geschäftsgang der Sammet-Webereien.

Der „Frankfurter Zeitung“, Nr. 498, wird aus Sachkreisen folgendes berichtet:

„Im besetzten Gebiet sind die Sammetwebereien von Arefeld, Alphen, Lobberich usw. durchweg alle gut beschäftigt. Diesen Unternehmen wurden von Frankreich reichliche Mengen an Baumwolle, Chappe und Seide zugewiesen, so daß diese Betriebe heute in der Lage sind, mit der Beschäftigung ihre hohen Speisekosten zu decken. In den einzelnen Sammetfabriken wurden große Aufträge mit Lieferzeit September-Oktober erteilt, die Fabrikanten versicherten ihren Abnehmern, daß sie mit Bestimmtheit auf Lieferung der Ware rechnen könnten. Können nicht ganz unvorhergesehene Zwischenfälle, dann könnte mit vorläufigem Eingang der rohen Webegarne gerechnet werden, wodurch alsdann die Lieferung sichergestellt würde. Das besetzte Gebiet ist nun gegenüber den rechtsrheinischen Webereien im Nachteile, sie werden reichlicher mit rohen Webegarnen bedacht, dies kommt zum anderen, aber letzten Ende können die dortigen Fabrikanten arbeiten, ihre Leute durchhalten und trotz der hohen Materialpreise immerhin einen entsprechenden Nutzen erzielen. Die Sammete, welche jetzt neu hergestellt werden, sind hoch im Preise. Die Abnehmer sind darüber klar, daß sich diese Notierungen auch noch halten werden, denn sonst würden sie die Aufträge mit langer Lieferzeit nicht erteilt haben.“

Rotterdam oder Bremen.

Auf Veranlassung der amerikanischen Interessenten und mit Unterstützung niederländischer Interessenten und Bankfirmen sind Bestrebungen im Gange, welche darauf hinauslaufen, den Baumwollhandel für den Kontinent nach Rotterdam zu verpflanzen. Man geht mit der Absicht um, große Lagerhäuser an diesem Platz zu errichten und es wäre angezeigt, wenn die maßgebenden Kreise des deutschen Baumwollhandels und der deutschen Baumwollindustrie sich mit der Frage ernstlich beschäftigten. Nach der letzten Statistik des Jahres 1913 wurden nach Deutschland bezw. nach Bremen 477 945 Tonnen Baumwolle eingeführt, und der Produktionswert Deutschlands an Baumwollwaren betrug im gleichen Zeitraum 2 339,4 Millionen Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß von Bremen aus Oesterreich, Bulgarien und die skandinavischen Länder mit Rohstoff versorgt wurden. Der Produktionswert der Niederlande an Baumwoll-erzeugnissen betrug im Jahre 1913 nur 289,1 Millionen Mark. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß vor dem Kriege Bremen an führender Stelle stand, doch scheint man beabsichtigt zu sein, außer Holland wohl auch Belgien, Frankreich und andere Staaten von Rotterdam aus mit Baumwolle zu versehen.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes.

Die Tatsache, daß es den rheinischen Webereien gelungen ist, ausländische Garne in größeren Mengen zu erhalten, hat zur Folge, daß der Geschäftsgang sich etwas gebessert hat und daß mehr Arbeiter beschäftigt werden können. Die hohen Preise für Rohseiden erschweren das Geschäft einigermassen. Von einer durchgreifenden Besserung in der Wollindustrie kann noch nicht gesprochen werden, da die Vorräte an Rohstoff ungenügend sind. Die Kaufkraft ist dagegen ziemlich groß. Sowohl für Papiergarne wie für Papiergewebe besteht keinerlei Nachfrage. In der Leinenindustrie macht sich der Mangel an Rohstoff noch immer sehr fühlbar. Man wünscht in diesen Kreisen die baldigste Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland in der Hoffnung, von dort Rohstoff zu erhalten, da Lieferungen von Irland und von Belgien und Frankreich nicht zu erwarten sind. Was die Preisfrage für Gewebe anbelangt, so ist eine wesentliche Milderung noch nicht zu bemerken, da die Fabrikanten billigere Preise nicht stellen können, obwohl ausländische Fabrikate zu billigeren Notierungen angeboten werden. In der Hansindustrie hofft man, daß durch die Einfuhr von Italien bald eine Belebung eintreten dürfte.

Aus unserer Bewegung.

Außerordentliche Vorstandskonferenz des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften für M.-Glabbach und Umgegend.

Am Sonntag, den 27. Juli, tagte im Sängerkheim „Liedertafel“ zu M.-Glabbach eine verhältnismäßig gut besuchte Konferenz der Vorstände der christlichen Gewerkschaften. Dieselbe wurde geleitet vom Vorsitzenden des Bezirkskartells, Kollegen Müller, der zunächst einen kurzen Rückblick warf auf die erfreuliche Vorwärtswirkung der christlichen Gewerkschaften, die noch anhalte und seit der Frühjahrsgeneralversammlung im März dieses Jahres den hier vertretenen christlichen Gewerkschaften über 4000 neue Mitglieder gebracht habe. Augenblicklich zählten die dem M.-Glabbacher Bezirkskartell angeschlossenen Verbände annähernd 13 000 Mitglieder. Dann erläuterte Redner, wie die Aufgaben der Ortskartelle M.-Glabbach, Rheinhdt, Bierfen, Neuwert und Obentischen in engster Verbindung mit dem Bezirkskartell in der nächsten Zeit zu lösen seien. Die vielen bedeutenden Aufgaben des Bezirkskartells könnten nur bei Errichtung eines Kartellsekretariates der Lösung entgegengeführt werden. Um die erhöhten Verwaltungskosten für Materialbeschaffung, für Agitation und für die Vorbereitung und Durchführung sozialer Wahlen decken zu können, schlage Vorstand und Arbeitsausschuß des Kartells der Vorstandskonferenz vor, den Beitrag zum Kartell pro Mitglied und Jahr auf M. 1,20 ab 1. Oktober 1919 zu erhöhen.

Kollege Bergmann vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften in Köln und Mitglied der preussischen Nationalversammlung berichtete dann in längerer und allgemein überzeugender Darlegung über die Bedeutung und Aufgaben der Kartelle. Die sehr beachtenswerten Ausführungen können hier nur auszugsweise wiedergegeben werden. Wir haben in Deutschland eine ganz neue politische Situation. Die Arbeiter haben seit der Revolution das Staatsrecht in der Hand und sind diejenigen, die in der Politik Ziel und Richtung bestimmen. Die speziellen Berufsaufgaben der Gewerkschaftsbewegung sind durch die Zentralverbände zu erfüllen, daneben die gesamten Aufgaben, die allen Berufen gemeinsam sind, durch den Gesamtverband. Was der Gesamtverband für die Gesamtbewegung, sind die Kartelle für die örtlich zusammengefaßten Ortsgruppen und Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften. Die jetzige dringendste und wichtigste Aufgabe der Gesamtbewegung sei, den errungenen Einfluß unserer Bewegung weiter auszudehnen und zu festigen. Das können wir aber nicht nur allein durch Neugewinnung von Mitgliedern. Die Neueingetretenen müßten vielmehr zu bewußten Gewerkschaftlern erzogen werden. Zur Zeit sei die erste Million Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften überschritten. Diese große Zahl der Mitglieder sind innerlich noch nicht mit uns verbunden. Eine Menge fähiger Köpfe müssen herangebildet werden für die sozialen

Körperchaften, als Vertreter zu den Betriebsräten, Gewerkschaften, Krankenkassen, gemeindlichen Körperchaften usw. Es ist eine der größten Mängel gewesen, daß wir bisher in den Gemeinden zu wenig zur Geltung gekommen sind. Darum sei die Einrichtung von Unterrichtskursen zur Heranbildung von geeigneten Kräften unbedingt erforderlich. Die Kriegszeit hindurch hat die Aufklärungs- und Schulungsarbeit vollständig brach gelegen. Vieles, was in den letzten Jahren in dieser Richtung veräußert worden sei, müsse jetzt nachgeholt werden.

Nach mühten schon halb die vorbereitenden Maßnahmen für die sozialen Wahlen getroffen werden. Dafür müßten entsprechende Mittel durch die Kartelle rechtzeitig aufgebracht werden. Es empfiehlt sich, möglichst bald mit den befreundeten Konfessionellen Vereinen in Verbindung zu treten beabsichtigt Vorberätungen für die sozialen Wahlen. Die vor dem Kriege mit gutem Erfolge tätig gewesen sozialen Ausschüsse oder Kommissionen müssen in der gedachten Richtung hin wieder neu aufleben und ihre Tätigkeit entfalten.

Redner besprach dann noch eingehend die Aufgaben der Kartelle hinsichtlich der Förderung der Volksversicherung und in der Ernährungsfrage. Das besetzte Gebiet kann in bezug auf die Löhne nicht anders behandelt werden als wie das unbesetzte Deutschland. Den Bestrebungen, die darauf abzielen, hier niedrigere Löhne festzusetzen als wie auf der rechten Rheinseite, müsse energisch entgegengetreten werden. Wenn auch hier Lebensmittel in etwas reichlicheren Mengen vorhanden wären als wie im unbesetzten Gebiet, so wären dieselben

Kolleginnen und Kollegen!

Bedenket, wenn Ihr am Verbandsbeitrag spart, schädigt Ihr auch schwerste Eure eigenen Interessen. Die Ziele, welche wir uns gesteckt haben, können wir nur durch Opferwilligkeit lösen. Zahlt nicht nur pünktlich den Verbandsbeitrag, sondern wählt vor allen Dingen höhere Beitragsklassen!

doch viel zu teuer, und die allermeisten Arbeiter und Arbeiterinnen wären hier nicht im mindesten in der Lage, diese im Freihandel käuflichen Lebensmittel zu erhalten. Für manche Angehörige des Arbeiterstandes sei festzustellen, daß sie mit den derzeitigen Verdiensten, trotz Erhöhungen in der letzten Zeit, nicht einmal in der Lage wären, die jetzt noch rationierten Lebensmittel zu kaufen.

Die Kartelle müßten auch den Verband der Kriegsbeschädigten besser unterstützen als wie dieses bisheran geschehen. Und ganz besonders müssen wir uns der Hinterbliebenen unserer Gefallenen annehmen.

Wir können als christliche Gewerkschaftler getroßt der Zukunft ins Auge sehen. Wir wissen zwar nicht, ob wir das Schlimmste schon überstanden haben. Das eine ist jedenfalls sicher, wir können als deutsches Volk aus diesem Sumpf nur herauskommen, wenn bei uns der Wille vorhanden ist, gemeinsam zu arbeiten. Die Mahnung zur Pflichterfüllung soll man aber nicht nur allein und immer wieder nur an die Arbeiter richten, sondern auch den Angehörigen der übrigen Stände mit demselben Nachdrucke zurufen. Wir wollen in der christlichen Arbeiterbewegung nicht verzweifeln. Den Glauben an unser deutsches Volk und Vaterland wollen wir nicht verlieren.

Lebhafter Beifall folgte diesen sehr instruktiven Ausführungen. Im Sinne der vom Referenten und vom Vorsitzenden erfolgten Darlegungen äußerten sich in der nun folgenden freien Aussprache 15 Vertreter bezw. Vertreterinnen der verschiedenen Berufe, wobei vornehmlich die Gewinnung und Interessierung der Jugendlichen für die Sache der christlichen Gewerkschaften als vorrangigste Aufgabe des Bezirkskartells bezeichnet wurde.

Nachfolgende Entschliessung fand einstimmige Annahme: Die außerordentliche Vorstandskonferenz des Bezirkskartells der christlichen Gewerkschaften für M.-Glabbach und Umgegend erkennt die hohe Bedeutung des Bezirkskartells und der zu lösenden wichtigen Aufgaben für die nächste Zeit an und beschließt mit Rücksicht hierauf, ab 1. Oktober 1919 die Beiträge zum Kartell pro Jahr und Mitglied auf M. 1,20 zu erhöhen. Es soll den angeschlossenen Ortskartellen sowie den Ortsgruppen der verschiedenen christlichen Gewerkschaften die Form der Erhebung der Kartellbeiträge überlassen bleiben. Vorstand und Arbeitsausschuß des Kartells haben baldmöglichst die Wiedererrichtung eines Kartellsekretariates durchzuführen.

Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden mit der Bitte an die versammelten Vorstände geschlossen, in den Ortsgruppen und Zahlstellen über die Bedeutung und Aufgaben des Bezirkskartells Aufklärung zu verbreiten. In der im Kartell zusammengefaßten örtlichen Gewerkschaftsbewegung komme es hauptsächlich auf den guten gewerkschaftlichen Geist und auf die finanziellen Grundlagen an. Für die Schaffung dieser beiden unerlässlichen Vorbedingungen als Voraussetzung für ein erspriessliches Wirken müßten in erster Linie die örtlichen Vorstände und Zahlstellen Sorge tragen.

Seit 17 Wochen brotlos.

In brutaler Weise wurden Ende März d. Js. in Augsburg eine große Anzahl unserer Mitglieder gezwungen, die Arbeit zu verlassen, weil sie sich nicht geistig

knichten lassen und nicht zum Deutschen Textilarbeiterverband übertreten wollten. Es dürfte einzig in der Geschichte der Arbeiterbewegung dastehen, daß Arbeiter von ihren eigenen Arbeitskollegen auf so unerhörte Art und Weise außer Brot und Arbeit gekommen sind. Die schlimmsten Unternehmer, mit dem bekannten „Pern im Hause“-Standpunkt, haben kaum in der Weise gehandelt.

Trotzdem alle anständig denkenden Menschen, gleichviel auf welchem Standpunkt sie sonst stehen, sich in der Beurteilung dieser Vorgänge einig sind, sind verschiedene Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Augsburg noch stolz auf ihre „Kulturart“ und erklären — wie uns berichtet wird — wenn sich die Christlichen nicht umschreiben ließen, würden sie in zwei Jahren noch keine Arbeit wieder bekommen. Dieser niederträchtigen Gesinnung entsprechen die Taten. Vor einigen Wochen hat man versucht, sechs von unsern brotlos gemachten Mitgliedern bei der Firma Mech. Baumwollspinn- und -Weberei wieder arbeiten zu lassen. Am zweiten Arbeitstage stellte man ihnen die Webstühle ab und als sie sich das nicht gefallen lassen wollten, wurden sie auf die Hände geschlagen; es wurde Gewalt gebraucht und solange gestreift, bis unsere Mitglieder den Betrieb verlassen hatten. — Ein weiteres Beispiel der Niedertracht, welches sich ebenfalls erst vor einigen Wochen bei der Firma J. P. Bemberg in Augsburg abspielte: Von einer bei uns organisierten Arbeiterin, welche Witwe ist, verlangte das sozialdemokratisch organisierte Betriebsratsmitglied Stranzky (ein Tische!), im Namen der Arbeiterschaft, daß sie innerhalb 10 Minuten zum Deutschen Textilarbeiterverband übertreten müßte, oder — den Betrieb zu verlassen hätte. Die Witwe blieb ihrer Liebeszeugung treu und mußte das mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle büßen. Dabei war dieselbe gerade 25 Jahre in dem Betrieb beschäftigt und erhielt das Jubiläumsgeschenk von ihren eigenen Mitarbeitern in Form der Brotlosmachung. Es fehlen einem die Worte, um solch eine Handlungsweise gebührend zu kennzeichnen. — Freiheit und Demokratie!

Der bayerischen Regierung, welche wiederholt zum Schutze unserer Mitglieder angerufen ist, fehlt der Mut zum energischen Auftreten und die notwendige Autorität. Schließlich wurde unserer Verbandsleitung anheimgegeben, eine Rechnung auf Schadenersatz für die außer Brot und Arbeit gebrachten Arbeiter und Arbeiterinnen einzureichen. Das ist geschehen. Bei Niederschrift dieser Zeilen ist aber noch keine Zahlung erfolgt und überhaupt nicht sicher, ob der Schaden durch die Regierung ersetzt wird. — Der Zivilprozeß, der gegen mehrere Terroristen angestrengt worden ist, ist bis zum 2. Oktober vertagt.

Noch befinden sich ja 65 Mitglieder unseres Verbandes, in Folge des scham- und rücksichtslosen Verhaltens ihrer eigenen Arbeitsgenossen, auf der Straße. Schon 17 Wochen lang. Von der Stadt bekommen sie die Erwerbslosenunterstützung und unser Verband gewährt, wie es selbstverständlich ist, außerdem für die in ihrer Existenz bedrohten Mitglieder Unterstützung. Bei der Zentralstelle wurde angeregt, einen Aufruf zur Sammlung für die außer Brot und Arbeit gebrachten Mitglieder im ganzen Verbandsgebiete zu veranstalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Standhaften und überzeugungstreuen Mitglieder es verdient hätten, neben den Unterstützungen, die sie jetzt beziehen, noch in besonderer Weise unterstützt zu werden. Wir haben bisher eine solche Sammlung nicht bestritten. Vielleicht kommen wir aber in kurzer Zeit mit einem derartigen Aufruf. Das Ergebnis würde das Solidaritätsgefühl all unserer Mitglieder mit den Opfern der Gewalt und Willkür beweisen und zugleich ein Protest gegen die schändliche Handlungsweise der Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sein. Das Vorkommnis von Augsburg wird eins der traurigsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bleiben; zur Freude aller Feinde wahrer Volksfreiheit.

Für die Republik Sachsen kommen Andere nicht in Frage.

Wir haben schon mehrfach darüber berichtet, daß man in verschiedenen Bezirken des Freistaates Sachsen uns von Tarifverträgen und den Untergruppen der Arbeitsgemeinschaft auszuschalten suchte. Auf einer kürzlich in Chemnitz stattgefundenen Gaulkonferenz, sagte der neben dem Gaulleiter zum Vorsitzenden der Konferenz gewählte Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Florisch-Emmich, „daß die Christlichen sowie Pirsch-Dunkerschen, die ja in Sachsen so gut wie gar keine Mitglieder haben, bei den tariflichen Abmachungen für die Republik Sachsen gar nicht in Frage kommen.“

Nun, im westlichen Sachsen handelt man auch dem entsprechend und schließt uns einfach aus. Die Bestimmungen und die Richtlinien der zentralen Arbeitsgemeinschaft sind den dortigen Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes anscheinend vollständig schuppe, und die früher so „schneidigen“ Herren vom Arbeitgeberverband finden das, wie's scheint, ganz in der Ordnung. Trotzdem die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes wirklich nicht allein auf der Welt sind, um sie dort genau so. Es muß doch daran erinnert werden, daß wir nicht nur in Sachsen eine wesentliche Anzahl Mitglieder haben, sondern daß es auch andere Bezirke gibt, wo wir unbestritten die weitest größte Mehrheit haben. Wir wollten das Geschrei hören, wenn wir es dort genau so machen wollten. Mit aller Deutlichkeit muß immer wieder gesagt werden, daß diejenigen, welche andere Richtungen zwangsweise ausschalten und dabei dann noch das Wort „Freiheit und Demokratie“ stets im

Munde führen, viel schlimmer sind, als der reaktionärste frühere Scharfmacher. Da hilft alles reden nichts drum herum.

Abgeschlossene Tarifverträge.

Aus den in letzter Zeit abgeschlossenen Tarifverträgen veröffentlicht wir folgende Auszüge:

Tarifvertrag für Textilarbeiter, der zwischen den Textilarbeiterverbänden und dem Deutschen Werkmeisterverband einerseits und dem Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber (Bezirksgruppe Augsburg und Allgäu) andererseits abgeschlossen wurde:

Der Anfangsgehalt für zwei Wochen beträgt für die Spinn- und Webmeister der Baumwoll-, Woll-, Hanf- und Leinenindustrie:

Table with 2 columns: Ortsklasse (I, II) and various worker categories (Untermeister, Meister) with corresponding wages.

Für die Maßfadendindustrie gilt folgendes:

Die Meister erhalten die gleichen Gehaltsätze wie die Spinn- und Webmeister der Baumwollindustrie.

Die Untermeister erhalten in den Affordsparten mindestens das Durchschnittsverdienst der männlichen Affordarbeiter. Eine Kürzung des bisherigen Einkommens tritt nicht ein.

Bei eintretender Erwerbslosigkeit infolge Krankheit tritt zu dem Krankengeld ein Zuschuß in der Höhe, daß der volle Lohn erreicht wird auf die Dauer von sechs Wochen.

Urlaub wird den Meistern und Untermeistern in folgender Weise und unter Fortzahlung der vollen Bezüge gewährt:

Table showing vacation days (Urlaubstage) based on years of service (Dienstzeit).

Tarifabkommen mit der Firma Woll-Wäscherei und Kämmerlei in Döhren bei Hannover:

Wollverfertiger Arbeiter erhalten die folgenden Stunden- bzw. Wochenlöhne einschließlich der bisher eingerechneten 5 Proz. Gewinnbeteiligung:

Table with 2 columns: a) Männer (Men) and b) Frauen (Women), listing wages by age group and job type.

Für Affordarbeiter ist der Lohnsatz so zu stellen, daß bei normaler Arbeitsleistung 10 bis 20 Proz. mehr erreicht werden können, als der festgesetzte Zeitlohn beträgt.

In Baden.

sind zur Zeit Verhandlungen im Gange, welche auf den Abschluß eines Einheitstarifes für ganz Baden hinielen. In dem von unserer Verbandsleitung ausgearbeiteten Tarifentwurf werden für Zeitlohnarbeiter Mindeststundenlöhne in folgender Höhe gefordert:

Table with 3 columns: Altersstufe (Age group), männlich Ortsklasse (Male location class), weiblich Ortsklasse (Female location class).

Unter anderem ist auch beantragt, nach einjähriger Beschäftigung Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren, der nach mehrjähriger Beschäftigung eine längere Dauer umfassen soll.

Unter anderem ist auch beantragt, nach einjähriger Beschäftigung Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren, der nach mehrjähriger Beschäftigung eine längere Dauer umfassen soll. Ferner ist beantragt, daß gesetzliche Feiertage mit dem für die betreffende Altersstufe festgesetzten Stundenlohn bezahlt werden sollen.

Württemberg.

(Wöchentliches Lohnabkommen.)

Zwischen dem christlichen und dem Deutschen Textilarbeiterverband ferner dem christlichen Schneiderverband einerseits, sowie dem Verband der Porzellanfabrikanten des Stuttgarter Bezirkes, ist am 10. Juli folgendes vereinbart worden:

Die dem Verband der Porzellanfabrikanten angehörenden Firmen verpflichten sich, ab Montag, den 14. Juli 1919 folgende Lohnsätze zu bezahlen:

Table with 3 columns: Altersstufe (Age group), männlich Ortsklasse (Male location class), weiblich Ortsklasse (Female location class).

Die weitere Regelung des Tarifs erfolgt am Dienstag, den 22. Juli d. J., vormittags 9.30 Uhr.

Stuttgart, den 10. Juli 1919.

Unterschriften.

Greiz (Vogtland).

(Ein Protest gegen Vergewaltigung und Gefinnungsnechtung.)

Für den 4. Pfingstfeiertag hatte die U. S. P. D. in Greiz und Gera den Generalstreik für ganz Deutschland proklamiert. Kein Mensch wußte im übrigen Deutschland etwas von einem derartigen Generalstreik.

Wie die U. S. P. D. den Streik zur Durchführung brachte, mag aus folgender Protesteingabe ersichtlich sein:

An die Landesregierung des Volksstaates Meißn. Für Mittwoch, den 11. Juni, hatte die „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“ den Generalstreik proklamiert.

Schlimmer sind niemals Eingriffe in die persönliche Freiheit des Einzelnen gemacht worden, als am 11. Juni. Gegen ihren eigenen Willen erlitten Tausende von Angestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen Lohnentzug.

Der 11. Juni steht in direktem Widerspruch zu den Zielen der Revolution, die jedem einzelnen Staatsbürger die volle persönliche Freiheit bringen sollte.

Mit der Bitte um baldige befriedigende Antwort zeichnen ergebene Interessengemeinschaft Kaufmann, Angestelltenverbände: S. A.: Willy Beyrich, Christliches Gewerkschaftsamt Greiz: S. A.: Fritz Reicher.

Bis zum heutigen Tage ist eine Antwort der Regierung nicht eingegangen.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Wir sollen den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung vorarbeiten, indem wir schon vorher freiwillig höhere Beitragssätze einführen, so ist im Verbandsorgan wiederholt geschrieben worden.

W. E. wäre es aber sehr wichtig, wenn die Ortsgruppen einigermaßen wüßten, welche Reformen besonders der Zentralvorstand und der Verbandsausschuß der Verbandsgeneralversammlung vorschlagen wollen.

Richtig scheint mir zu sein, wenn die Verbandsgeneralversammlung beschließt, daß ein Stundenverdienst als wöchentliches Verbandsbeitrag gezahlt werden soll. Der Kollege D. Kümmele hat vor einigen Wochen bereits einen dahingehenden Vorschlag gemacht.

Ortsgruppen nicht mehr auskommen. Die Forderung macht sich für die Ortsverwaltungen in der Geschäftsführung im Verhältnis ebenso bemerkbar, wie für die Zentral- und Bezirksverwaltungen.

Table with 2 columns: Beitragssatz (Contribution rate) and Wochenbeitrag (Weekly contribution) for various age groups.

Sierzu käme zweckmäßig ein Lokalbeitrag von 15 Pfg. pro Woche.

Nun tagt die außerordentliche Verbandsgeneralversammlung erst Mitte September. Die Reformen werden demnach wohl erst am 1. Januar 1920 in Kraft treten können.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dhler. Unsere erste Generalversammlung fand am 19. Juli 1919 im Lokale von Joh. Hermanns statt. Kollege Hubert Witz eröffnete diese und gab bekannt, aus welchen Gründen die Zahlstelle Dhler errichtet werden soll.

Kollege Glahn aus M.-Glabbach hatte sich als Thema seines Vortrages gewählt: „Tarifvertrag und die letzten Bewegungen in unserm Bezirk“. Eingangs seiner Ausführungen schilderte er den Werdegang unserer christlichen Arbeiterbewegung, die Hindernisse, welche überwunden werden mußten.

Versammlungskalender.

Greifeld. 9. August, 6 Uhr, bei Konrad Förster, Marktstr. 41, Generalversammlung.

Greifath. 17. August, 11 Uhr, im Lokale Witwe Hammes.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wie wird's mit der Beschäftigung in der Textilindustrie? — Bonait die Fabrikanten bei der Standortwahl der Textilindustrie oder der Auswahl von Fabrikgrundstücken rechnen. — Allgemeine Rundschau: Drei Wege zum Ziel. — Erhöhung der Protration im Herbst. — Wie wird es mit der Kohlenversorgung im kommenden Winter? — Tief gestaut. — Zu sehr das Materielle und zu wenig den Geist und die Erziehung. — Grundrente und Staatsordnung. — Ausschließung der Deutschen von der Antwerpener Getreidebörse. — Aus unserer Industrie: Der Geschäftsgang der Sammet-Webereien. — Rotterdam oder Bremen. — Die Lage des deutschen Beschäftigten. — Aus unserer Bewegung: Außerordentliche Vorstandskonferenz des Bezirksamtes der christlichen Gewerkschaften für M.-Glabbach und Umgegend. — Seit 17 Wochen brotlos. — Für die Republik Sachsen kommen wieder nicht in Frage. — Abgeschlossene Tarifverträge: In Baden. — Württemberg. — Greiz (Vogtland). — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dhler. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Walter, Greifeld.